

Prof. Dr. Günter Brakelmann

„Wir müssen aufrüsten, um den Frieden zu erhalten ...“

- so wird argumentiert. Das kann so sein, aber es kann auch ganz anders sein. Im anwesenden Frieden aus Angst vor einem Krieg entwickelt man die Verteidigungsfähigkeit, die in politischen Krisenzeiten unter bestimmten machtpolitischen Bedingungen sehr schnell zur Kriegswirklichkeit werden kann.

Die immer wieder rhetorisch proklamierte Friedensbereitschaft bricht zusammen, wenn ein Gremium aus Außen- und Verteidigungspolitikern oder ein mächtiger nationaler Präsident sich zur angeblichen Notwendigkeit eines kriegerischen Verhaltens entschließen.

Die Kriegsgefahr ist am größten, wenn man sich in erster Linie militärischer Argumenten bedient, weil man der Überzeugung ist, dass sie die Inhalte und die Richtung des Politischen bestimmen. Und die militärischen Experten setzen auf die Richtigkeit ihrer Argumente und bestimmen vorrangig die Entscheidungen der Politiker.

Unterstützt werden die militärischen Experten durch die ökonomischen Argumente der Rüstungsindustrie, die eine Blütezeit entwickeln, wenn ihr die Aufträge zum Bau besserer und neuer Waffensysteme gegeben werden. Ihr wirtschaftliches Interesse verbündet sich mit den Interessen der politischen Führungsspitzen. Das militärisch-industrielle Bündnis bestimmt entscheidend die politischen Entscheidungen zur Kriegsfähigkeit.

Hinzu kommt die Entscheidung für mehr Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung. Bombensichere Bunker sollen gebaut werden und diverse Vorbereitungen für Hilfe im Notfall sollen organisiert werden.

In dieser Situation des Ausbaus der Kriegsfähigkeit könnte und müsste eine bewusste und zielgerichtete Diplomatie ihre Stunde haben, nach Voraussetzungen eines besseren Friedens zu fragen, der nicht Milliarden von Geld verschlingt, ohne eine Garantie zu haben, dass die Aufrüstung den immer möglichen Krieg verhindert. Kritisch zu fragen ist auch, was ein Zivilschutz bringen soll. der im Fall einer Zerstörung der Lebensräume durch verheerende konventionelle Waffen oder durch den Einsatz von kleineren und größeren Atomwaffen getroffen wird. Im Ernstfall bringt der Krieg die Zerstörung von Zivilisation und Kultur. Massensterblichkeit und Massentöten sind die Folgen.

Noch einmal: nur rüsten kann zwischenzeitlichen Frieden, aber keine längere oder immerwährende Friedenszeit bringen. Die zerbrechliche Friedenszeit kann nur überwunden werden durch eine Weiterentwicklung von politischen Kriterien, die eine zukünftige Friedenszeit fundieren können: durch eine konsequente Friedenspolitik, die die politischen, die ökonomischen, die weltanschaulichen, die kulturellen und religiösen Ursachen eines möglichen Großkonfliktes benennen und an ihrer Verringerung durch eine Diplomatie, die die Mittel des konstruktiv-

kritischen Dialoges anstelle der ewigen Drohung mit Militärgewalt entwickeln.

Dass Kriege mit den jetzigen Vernichtungsmitteln nicht mehr politisch und moralisch verantwortbar sind, muss weltweite gemeinsame Auffassung werden. Das hätte zur Folge, dass die politischen Kontrahenten nicht mehr politisch-militärisch siegen wollen, sondern in der Aushandlung von Konflikten kompromissfähig werden.

Der im konkreten Fall nicht einfache Kompromiss ist die vorrangige Aufgabe der politisch Verantwortlichen.

Eine Voraussetzung von mehr Frieden ist der Abbau der üblichen Feindbilder. Der Feind ist immer der, der alle negativen Beurteilungen auf seiner Seite hat. Was unbedingt neben der Diplomatie notwendig ist, ist eine genauere geschichtliche, geistige und kulturelle Kenntnis des gegnerischen Staates und Volkes. Das erfordert ein gerüttelt Maß an intellektueller Anstrengung, nicht nur das Gegensätzliche zu sehen, sondern auch die möglichen Gemeinsamkeiten zu identifizieren. Zur Konsequenz hat das u.a., dass der Austausch zwischen Bürgern und Fachleuten auf den verschiedensten Gebieten von Wissenschaft und Kultur begonnen und ausgebaut werden muss.

Es muss ein differenziertes Bild übereinander entwickelt werden. Jede Nation, die an gegenwärtigen Bemühungen um den Frieden beteiligt ist, kommt ihrerseits nicht daran vorbei, die eigene Geschichte und den Zustand der gegenwärtigen Verfassung selbstkritisch zu sehen. In vielen Nationen gibt es Kriegserfahrungen, die es schwer machen, eine gemeinsame Zukunft der Völker zu erreichen.

Es hat nicht viel Sinn, bei Verhandlungen immer den politisch und moralisch besseren Kontrahenten zu spielen. Ein schuldiges Verhalten in der Geschichte und Versäumnisse in der Gegenwart sind immer vorhanden. Ein Beispiel: Bei Verhandlungen zwischen Deutschland und Russland verhandeln gegenwärtige Repräsentanten von Staaten, die historisch die totalitären Systeme des Sowjetkommunismus und des Nationalsozialismus hervorgebracht haben. Es waren die blutigsten Systeme, die es weltgeschichtlich gegeben hat. In der Geschichte ist kein Staat schuldlos geblieben. Auf eigene politisch-moralische Überlegenheit zu pochen, dürfte verfehlt sein.

In der jetzigen Situation stehen sich in Europas demokratische Staaten und ein autoritäres System gegenüber. Letzteres kann aber nicht mit dem bolschewistischen System verglichen werden, das auf einer geschlossenen historisch-materialistischen Weltanschauung basierte. Das heutige Russland ist ein autoritärer Präsidialstaat mit totalitären Elementen. Der Westen ist ein Konglomerat verschiedener weltanschaulicher und religiöser Traditionen und hat seine Einheit in demokratischen Verfassungen mit der Geltung von individuellen und sozialen Menschenrechten gefunden.

Diese Gegensätze sind zu sehen, berechtigen aber nicht zum Vernichtungskrieg. Die machtpolitische Auseinandersetzung in der Form von Kriegen zwischen Ost- und Westeuropa lässt außer Acht, dass keiner der Kontrahenten einen politischen Missionauftrag hat, die Welt nach seiner Fassung zu gestalten. Politiker sind keine Missionare, sondern haben das Handwerk zu be-

herrschen, die politischen und ökonomischen Sachprobleme zu lösen.

Möglich und geboten sind harte Verhandlungen, die gegenseitige Zugeständnisse und Kompromisse bringen müssen, um das Schlimmste zu verhindern: einen modernen Krieg.

Und noch dieses: Es dürfte eine Katastrophe heraufbeschwören, wenn Politiker und Militärs noch der Formulierung von Clausewitz zustimmen können, dass Kriege die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sind.

Sie sind unter den technologischen Entwicklungen von konventionellen und atomaren Vernichtungswaffen nichts anderes als ein politisches Versagen im Sinne des traditionellen Denkens und eines verantwortungslosen ethischen Denkens.

Man kann es drehen, wie man will: Kriege sind ein Verbrechen. Politiker und ihre Trabanten müssen alles tun, dass sie nicht selbst Verbrecher werden. Kriege sind keine Zwangsläufigkeiten, sondern sind das Ergebnis verantwortungsloser Politik.

Bochum/Höxter, im Juni 2026

Prof. Dr. Günter Brakelmann

Haus Lauenstein, Gerberstraße 3-7, 44787 Bochum

Tel. 0234/704783, E-Mail: guenter.brakelmann@t-online.de